

# Dresdner Volkszeitung

Verleger: O. Schönteufel  
Verlag: O. Schönteufel & Komp., Nr. 20818.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Herausgeber: O. Schönteufel, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Postgebühr monatlich 1.50 M. Durch Post bezogen monatlich 4.50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 7.10 M. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 26261.  
Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.  
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 26261.  
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inseratenpreis: die 7 gespaltene Nonpareilzeile 60 Pfennig, darunter 40 Prozent Druckerkosten. — Inserate sind im voraus zu bezahlen. — Eine Verpachtung zur Aufnahme an vorgedruckten Tagen kann nicht angenommen werden. — Für die Verpachtung werden 20 Pfennig erhoben.

Nr. 62

Dresden, Sonnabend den 15. März 1919.

30. Jahrg.

## Sozialisierung oder Teilsocialisierung?

Im ihrem Artikel „Sozialisierung im Reich und in den Bundesstaaten“ über die Genossen Neurath und Schumann tritt an dem Sozialisierungspläne des Reiches. Sie sind vor allem damit unzufrieden, daß das Reich sich mit einer Teilsocialisierung begnügen will und sich nicht zu der von ihnen erstrebten Vollsocialisierung entschlossen hat. Das Reich ist zunächst damit beschäftigt, die Rohstoffwirtschaft zu regeln. Eine derartige Teilsocialisierung hat freilich, wie die Genossen Neurath und Schumann recht, nur einen beschränkten Wert. Es wird den Rohstoffmagnaten in Zukunft nicht mehr möglich sein, die Volkswirtschaften in Zukunft zu drücken. Die Produktion im Rohstoffbergbau kann systematisch gefördert werden, das wesentliche mehr Kohlen gefördert werden, als zur Verteidigung der Reichsfrage notwendig sind. Aber es kann nicht verhindert werden, daß in anderen Wirtschaftszweigen infolge des dort herrschenden Mangels an Rohstoffen eine Überproduktion entsteht, und daß Rohstoffe zur Herstellung von Waren verwendet werden, für die kein Bedarf vorhanden ist. Man hat mit der Sozialisierung des Bergbaues deswegen begonnen, weil man der Meinung ist, daß gerade dieser Wirtschaftszweig besonders reich zur Sozialisierung ist. Es ist jetzt üblich geworden, einen Wirtschaftszweig dann für reich zur Sozialisierung zu erklären, wenn schon unter der Herrschaft des Privatkapitalismus in diesem Wirtschaftszweig die Organisation eine sehr hohe Stufe erreicht hat, so daß an der vorhandenen Befähigung nicht mehr viel geändert zu werden braucht und nur die Übernahme oder die Kontrolle durch Organe der Allgemeinheit hinzuzutreten braucht. Soll aber die Sozialisierung eine Steigerung des Ertrages der gesellschaftlichen Arbeit bringen, so muß auch dort eingegriffen werden, wo die Organisation eines Wirtschaftszweiges noch unvollkommen ist, wo bei der Gütererzeugung noch Verschwendung und Unwirtschaftlichkeit herrscht. Hier muß der Staat versuchen, eine bessere Organisation zu schaffen und der Vergütung von Gütern und Arbeitskräften ein Ende machen. Vor allem brauchen wir eine bessere Organisation der Güterverteilung. Es ist geradezu ein Wahnwitz, daß sich in unsern Städten befindet, dessen Bedarf oft einen großen Teil des Tages weiter nichts zu

haben, als mehr oder weniger vergeblich auf die Kunden zu warten. Und mit Recht erklärt es Walter Rathenau für unnötig, daß wir ganze Armeen fröhlicher Reisenden als Geschäftsreisende in der Welt herumreisen lassen. Würden doch die Waren, die von diesen Reisenden verkauft werden, zum größten Teil auch dann bezogen werden, wenn es keine Reisenden gäbe, weil die Güter eben gebraucht werden. Durch eine Postkarte könnten die Waren bei einer Verteilungsstelle oft ebenso gut bestellt werden, wie jetzt bei den Reisenden, deren Tätigkeit meist nur den Sweden der Konkurrenz diene.

Die ungeheure Menge von Menschen, die heute bei der Güterverteilung tätig ist, muß von den gütererzeugenden Teil des Volkes mit erhalten werden, ohne daß sie selbst Güter hervorbringen. Es kommt darauf an, daß wir sobald wie möglich die Zahl der bei der Güterverteilung Beschäftigten möglichst verringern und die so frei gewordenen Kräfte produktiver Arbeit zuführen. In einer Broschüre über die Verwirklichung im Handel behauptet A. U. Ried, daß wir in Deutschland im Jahre etwa 25 Milliarden Mark sparen könnten, wenn wir die Güterverteilung nach dem Vorbild der Post und der Bahn staatlich regelten.

Es darf daher mit der Sozialisierung nicht bei einigen dazu „besonders reifen“ Wirtschaftszweigen Halt gemacht, sondern es muß versucht werden, immer weitere Wirtschaftszweige sozialistisch zu organisieren. Es ist für einen Sozialdemokraten selbstverständlich, daß sobald wie möglich eine Vollsocialisierung unseres gesamten Wirtschaftslebens erreicht werden muß. Unsere Anschauungen unterscheiden sich nur insofern von denen der Genossen Neurath und Schumann, als wir nicht glauben, daß die Sozialisierung so schnell durchgeführt werden kann, wie diese Genossen annehmen, weil die Sozialisierung in den einzelnen Wirtschaftszweigen immer neue, schwierigere Aufgaben stellen dürfte, die nur allmählich und schrittweise gelöst werden können. In einer Vollsocialisierung können wir nicht anders kommen, als durch eine große Reihe von Teilsocialisierungen. Diese Teilsocialisierungen müssen möglichst rasch aufeinanderfolgen, aber auch bei dem besten Willen zum Sozialismus wird die Vollsocialisierung nur nach langer, mühevoller Arbeit erreicht werden können.

Savas meldet, daß Admiral Wemyss den Deutschen lediglich die Bedingungen mitteilen wird, unter denen sie Anträge stellen dürfen. Den Deutschen seien die Befehle der Verbündeten mitgeteilt worden, nach denen die deutschen Handelschiffe sowie ein Brezelschiff der deutschen Marine, die zur Bezahlung der deutschen Lebensmittel dienen, den Verbündeten übergeben werden sollen. Die Konferenz werde bis nächsten Donnerstag dauern, da Admiral Wemyss bis dahin nach Paris zurückkehren müsse. Nach einer Haager Meldung sollen die deutschen Delegierten die Bedingungen auf Auslieferung der Handelsflotte angenommen haben.

Der Bischof von Oxford hat einen Brief an die Times gerichtet, in dem er zur Lebensmittellage in Deutschland Stellung nimmt und schreibt: „Drei Monate sind vergangen, seitdem der Waffenstillstand unterzeichnet wurde. Nichts ist getan worden, um die fürchterliche Not zu lindern. Es ist sowohl vertrieberisch als auch unpolitisch, Deutschland bis zur hoffnungslosen Verzweiflung und dauerndem Untergange auszuhebeln.“

### Wilson in Paris.

Paris, 14. März. Wilson traf heute mit 23 Uhr ein und wurde von Poincaré empfangen.

### Pöblicher Protest.

Karlsruhe, 14. März. Die badische vorläufige Vollregierung hat folgenden Protest erlassen: Nach allen Nachrichten, die uns zugehen, müssen wir annehmen, daß Frankreich die Absicht hegt, das reindeutsche auf dem rechten Rheinufer gelegene Gebiet von Nehl und Umgebungen sich anzueignen. Gegen solches Vorgehen erleben wir schärften Protest. Es widerspricht dem Nationalitätsprinzip, dem Grundba des Selbstbestimmungsrechtes sowie allen Ankündigungen Wilsons und würde lediglich einen brutalen Gewaltakt darstellen. Das badische Volk ruft das Gerechtigkeitgefühl aller Völker an mit der Bitte, ihm gegen die Verwirklichung solcher Absichten beizustehen. Der Protest ist den Regierungen der neutralen Staaten zugestellt worden.

### Polen kündigt den Waffenstillstand.

Strasburg, 14. März. Bei Bromberg geben die Polen seit einigen Tagen zu planmäßigen Angriffen über. Den deutschen Besatzern wurde von den Polen mitgeteilt, daß der Waffenstillstand wieder als gekündigt gelte. Die Polen haben bisher in 84 Fällen gegen den Waffenstillstand verstoßen.

### Befreiungszustand in Ost- und Westpreußen.

Königsberg, 14. März. Durch das Oberkommando des Grenzschutzs Nord wurde zur Abwehr feindlicher Antriebe und zum Schutze gegen Räuber und Mörder am 10. März der Befreiungszustand verkündet: a) über das Gebiet der Westpreußen nördlich von Memel, b) über die östpreussischen Grenzgebiete Ragnit, Birlikallen, Stallupönen, Gollub, Rastenburg, Lud. Johannisburg, Ortelsburg und Reidenburg, c) über die westpreussischen Grenzgebiete Strasburg, Triefen, Dyorn und Kulm.

### Abflauen des Bergarbeiterstreiks.

Der Streik auf den oberschlesischen Gruben flaut weiter ab. Auf der Preußengrube fehlen noch 35, auf der Graf Franz und Aufgang-Grube 50 Prozent der Bergarbeiter. Der Streik lag nur noch zehn Gruben im streikigsten Zustand. In Katowitz wurde die Wiedereinrichtung des Bergbaus auf dem Grubenbetrieb beschlossen. Auch die westpreussische Bergarbeiter-Gesellschaft in Posen wurde von der Sicherheitskommission befreit.

Im Ruhrgebiet haben die Regierungstruppen gestern die Stadt Hammern wieder besetzt. Es herrscht überall Ruhe. Auf allen Seiten wird gearbeitet.

Von einem Streik, durch den viele Tausende von Rentnereinfängern in Arbeitslosigkeit geraten würden, ist der größte Beschäftigungsverein der Welt, der Allgemeine Knappschaftsverein Bochum, bedroht. Die Rentner des genannten Vereines hatten durch ihren Ausschuss beim Reichsanwalt Gesellschaftsorganisations eingereicht und gleichzeitig verlangt, daß zwischen dem Vorstand und dem Beiratsausschuß eine Arbeitsgemeinschaft in beratendem Sinne hergestellt werde. Der Vorstand hat diese Arbeitsgemeinschaft abgelehnt und nur zugesagt, daß der Ausschuss mit dem Vorstand des Knappschaftsvereins oder einem Stellvertreter, dem Geschäftsführer Hans Schönlank, in Verhandlung über die Arbeitsgemeinschaften eingetreten könne. Die Gesellschaftsorganisations haben zu dieser Sachlage die Knappschaftsbeamten Stellung genommen und mit 715 gegen 5 Stimmen beschließen, in den Ausschuss zu treten, falls bis zum 20. März ihre Forderungen nicht erfüllt werden.

## Lichtenberger Nachklänge.

Der von den Unabhängigen begünstigte Spartakusaufstand in Berlin kann als niedergeworfen gelten. Was jetzt im Berliner Osten noch da und dort gegen Regierungstruppen tobend, sind verstreute Haufen. Die Leipziger Volkszeitung, das Organ für unabhängige Konfession, nimmt die Niederlage der ihr selbsterwählten Volkswächter mit begrifflichen Schamröten hin. Ihre Entstellung kommt im wesentlichen auf eine Reichwerbe darüber hinaus, daß Raske dem bewaffneten Angriff der Volkswächter mit Waffengewalt entgegengetreten ist. Sie geht noch weiter, sie behauptet, daß amtliche Stellen verantwortlich dafür seien, daß unwahre Meldungen über Spartakusgruel in die Welt gingen. Wir haben bereits mehrfach hervorgehoben, daß die Berliner Kämpfe von mancherlei Verleumdungen begleitet wurden. Uebertreiben sind alle Nachrichten über die Massenerchiebung von Schülern und Arbeiter eines Hauses in der Frankfurter Straße, der sich Gewalttätigkeiten gegen die Frauen des Hauses angeschlossen haben sollten. Es zeigt sich auch bei dieser traurigen Gelegenheit wieder, daß ausregende Ereignisse einen Wirbel ausgeregter Uebertreibungen vor sich her jagen. Aber wenn auch nur der kleinste Teil dessen wahr ist, was behauptet wird über die Lichtenberger Spartakusgruel, die der Verhängung des Standrechts vorausgingen, so genügt das, um jedem noch normal Denkenden eine Gänsehaut über den Rücken zu jagen. Es bleibt leider trotz allen Dementis dabei, daß Beamte mit kalter Ueberlegung niedergeschossen, daß Soldaten abgeschlachtet wurden, die mit oder ohne Waffen in die Hände des bewaffneten Verbreitergeschindels fielen. Es charakterisiert den moralischen und geistigen Zustand der Leipziger Volkszeitung und ihrer unabhängigen Geschwister, daß sie sich gegen die für Spartakus ungünstigen Uebertreibungen wehren und dafür bereitwillig überreizende Meldungen über den Vorhaben der Regierungstruppen aufnehmen; daß sie die Hände ringen über die Opfer des Standrechts und keine energischen Worte gegen die Gruel des Verbreitergeschindels sagen, das im Berliner Osten unter der Fahne des Kommunismus den trübsten menschlichen Instinkten die Hölle schloßen ließ.

Der Befehl, jeden, der im Kampf gegen die Regierungstruppen mit den Waffen in der Hand getroffen wird, zu erschließen, ist gemäß von äußerster Härte, aber seinen gefährlichen Wirkungen kann sich doch jeder entziehen, der die Waffen fortwirft und nachhause geht. Uns Sozialdemokraten könnte nichts lieber sein, als wenn alle harten Maßnahmen sofort aufgehoben und eine umfassende Amnestie verkündet werden könnte. Solche Friedenswilligkeit auf der einen Seite steht aber die gleiche Bereitschaft auch auf der andern Seite voraus. Niemand kann sich entschließen, so lange er belästigt wird, demnach wieder angegriffen zu werden.

Die Opposition hat innerhalb der Demokratie jede Möglichkeit, die Machtverhältnisse zwischen den Parteien auf rechtmäßigem Wege zu ändern. Sie hat nur nicht das Recht, sich die Macht mit Gewalt anzueignen. Wenn sie aber dieses Recht für sich in Anspruch nimmt, so darf sie sich nicht darüber beklagen, daß die vom Volke selbst eingeführte Organisation die vom Volke selbst gewollte Ordnung schützt.

Die Mitglieder der Unabhängigen hätten ein weithin schallendes Siegeslied angestimmt, wenn die Aufständischen Sieger geblieben wären. Und diesen Siegern hätten sie ihre Ausführungen sehr gern nachgesehen. So sehr wir also auch Ausschreitungen verurteilen, die von Angehörigen der Regierungstruppen im Berliner Bürgerkrieg begangen worden sein mögen, so hätten wir es noch viel mehr zu bedauern, wenn sich die Truppen als unzuverlässig erweisen hätten.

Es ist schon einmal so: Wo der Bürgerkrieg herrscht, da herrscht auch der Schrecken, und es ist nur die Frage, welcher Schrecken und über wen er herrscht. Mögen die furchtbaren Ereignisse, die sich in den letzten Tagen in Berlin abgespielt haben, für alle Zeiten die letzten ihrer Art in Deutschland gewesen sein. Möge die Arbeiterschaft überall von denen, die den Bürgerkrieg auf ihre Fahne geschrieben haben, weit abdrücken!

Berlin, 14. März. Der Polizeipräsident von Lichtenberg, v. Salmuth, erklärt, daß nur die Mitteilungen, die er gegenüber dem Vertreter des R. V. über die Vorgänge in Lichtenberg gemacht hatte, authentisch seien, und befreit, irgendeinem anderen Pressevertreter gegenüber Mitteilungen über diese Vorgänge gemacht zu haben. Insbesondere habe er niemals Aussagen gemacht, aus denen hervorging, daß 150 Personen bei dem Sturm auf das Polizeipräsidium und die Post ermordet worden seien.

### In Brüssel.

Die in Spa unterbrochenen Verhandlungen über das Lebensmittel-, Schiffsfahrts- und Finanzabkommen wurden in Brüssel am Donnerstag wieder aufgenommen. Den Vorsitz für den Verband führt Admiral Wemyss für Deutschland Unterstaatssekretär v. Braun. Die Verhandlungen verliefen bisher ruhig und sachlich. Die Vorsitzenden der drei englischen Unterkommissionen sind Mac Lean für die Schifffahrt, Hoover für die Lebensmittelfrage und Danneberg für die Finanzierung.